

Prof. Dr. Daniela Schwarzer

Jahrespressekonferenz „Vorstellung des Jahresberichtes 2023“

Mittwoch, 17. April 2024, um 11.00 Uhr

Bertelsmann Stiftung, Work-Café

---

*- es gilt das gesprochene Wort -*

Liebe Vertreter:innen der Presse,

im Superwahljahr 2024 werden auch in der Europäischen Union die Karten politisch neu gemischt. Das Europäische Parlament wird im Juni neu gewählt und mit seiner Zustimmung werden danach die Europäische Kommission und andere europäische Spitzenposten besetzt. Auch in mehr als einem Viertel der Mitgliedstaaten wird abgestimmt. Kommt es dabei zu Regierungswechseln, ziehen auch in den Europäischen Rat und die Ministerräte neue Köpfe ein.

In einer Zeit, in der wir Europäer:innen durch Krisen und Kriege bedroht und im Inneren durch eine Untergrabung demokratischer Kultur, Öffentlichkeit und in einigen Staaten auch der demokratischen Institutionen geschwächt sind, gibt eine Entwicklung besonderen Grund zur Sorge: die wachsende Zustimmung zu radikalen, teils offen demokratiefeindlichen Parteien, vor allem im rechten, aber auch im linken politischen Spektrum.

Umfragen zeigen, dass nationalistische und extremistische Kräfte bei den Europawahlen zulegen dürften. Die beiden Rechtsaußen-Fraktionen Identität und Demokratie sowie Europäische Konservative und Reformer könnten gemeinsam ein Viertel der 751 Parlamentssitze gewinnen. Die konservative EVP und die sozialdemokratische S&D bleiben voraussichtlich zwar stärkste Fraktionen, werden aber nicht so eindeutig wie in der aktuellen Legislatur gemeinsam mit den Liberalen die politische Linie bestimmen können.

Sollten sich die aktuellen Prognosen bewahrheiten, verändert das die Dynamik im Europäischen Parlament weiter. In einigen Politikbereichen sind die Auswirkungen der erwarteten Verschiebungen eher gering – etwa im Bereich der Außenpolitik, denn hier stimmen die gemäßigten linken und rechten Fraktionen sehr oft gemeinsam ab. Veränderungen kann es allerdings in den Bereichen geben, in denen traditionell die zentristischen Fraktionen gemeinsam den Ton angegeben haben. Dies betrifft etwa den Binnenmarkt, den Verbraucherschutz oder Eurozonenfragen. Dabei drohen auch für die Wettbewerbsfähigkeit der EU dringend notwendige Vorhaben wie die Vollendung der Bankenunion und die Gründung der Kapitalmarktunion unter die Räder zu geraten.

In einer Phase, in der wir unsere globale Wettbewerbsfähigkeit verteidigen müssen, ist dies keine gute Perspektive. Die gravierendsten Effekte allerdings sind für Entscheidungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit, Migration, Klimapolitik und Nachhaltigkeit zu erwarten. Der absehbare Zugewinn für antieuropäische Parteien würde sich negativ auf die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Inneren der EU auswirken. In Zukunft könnte es noch schwieriger werden, unter den Mitgliedstaaten, aber auch im Parlament, die notwendigen Mehrheiten für die Sanktionierung von Verstößen gegen die europäischen Grundwerte zu mobilisieren.

Insbesondere der Green Deal, mit dem die EU bis 2050 als erster Kontinent klimaneutral werden soll, würde mit einer erstarkten Rechten unter Beschuss geraten. Doch der Widerstand gegen den Green Deal kommt nicht nur von der extremen Rechten. So versprechen auch Parteien der Mitte, Teile des Pakets rückabzuwickeln, und selbst Kommissionspräsidentin von der Leyen hat angesichts der lauten Agrarproteste zuletzt einen Gesetzentwurf zurückgezogen, der den Einsatz chemischer Pestizide bis 2030 halbieren sollte. Bereits im vergangenen Sommer wäre es einem Bündnis aus Konservativen und den beiden Rechtsaußen-Fraktionen sowie vereinzelt Liberalen beinahe gelungen, mit dem Renaturierungsgesetz ein zentrales Vorhaben der grünen Kommissionsagenda zu Fall zu bringen.

Die Bertelsmann Stiftung arbeitet zu wichtigen Fragen unseres künftigen Wirtschaftsmodells auf EU-Ebene und nationaler Ebene, der digitalen und grünen Transformation sowie zur EU-Kohäsionspolitik und zur Antwort auf die Krisen in der Nachbarschaft der Europäischen Union (Ukraine, Nahost, EU-Erweiterung). Unsere Arbeit deckt somit entscheidende Bereiche für die bevorstehenden europäischen Finanzverhandlungen ab und liefert relevante Impulse zur Weiterentwicklung der Rahmensetzung auf EU-Ebene und nationaler Ebene für öffentliche und private Ausgaben und Investitionen.

Neben den eigenen Wahlen ist für uns in Europa aber auch der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl im November entscheidend. Europa wird vor einer besonders schwierigen Situation stehen, sollten die USA nach der Wahl nicht mehr bereit sein, die Ukraine so intensiv wie bisher zu unterstützen. Wir sehen bereits jetzt, wie fragil die politische Situation in Washington und die weitere US-Unterstützung der Ukraine ist. Grundsätzlicher noch ist die Tatsache, dass aus Washingtoner Sicht die weitaus wichtigere und künftig viel relevantere Herausforderung für die USA sowie die globale Ordnung in Asien liegt. Europa steht deshalb unter enormem Druck, sich stärker um seine eigene Sicherheit zu kümmern.

Gemeinsam mit der Bertelsmann Foundation North America begleiten wir im Europaprogramm der Bertelsmann Stiftung die Entwicklungen rund um die US-Wahl und sensibilisieren deutsche und europäische Entscheider:innen sowie die Öffentlichkeit für potenzielle Macht- und Interessenverschiebungen innerhalb der amerikanischen Demokratie.

Durch die neue Art, wie Konflikte ausgetragen werden, sind wir nicht nur nach außen hin, sondern auch im Inneren liberaler Demokratien verwundbar. Zahlreiche Ereignisse der letzten Jahre haben deutlich gemacht, wie verletzlich unsere Gesellschaften und Demokratien gegenüber Desinformation, Propaganda und gezielter Wahlbeeinflussung sind. In einem Rekordwahljahr müssen wir uns dementsprechend auch auf Rekordaktivitäten demokratiefeindlicher Kräfte einstellen. Mit Cyberangriffen, Datendiebstahl und Desinformationskampagnen zielen sie darauf ab, gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Stabilität zu untergraben sowie Wahlergebnisse zu beeinflussen. Sie nehmen innere Spannungen und Polarisierung innerhalb unserer politischen Gemeinschaften und Gesellschaften auf und vertiefen sie.

Die Politik muss die schwierige Aufgabe meistern, zwischen Beruhigung und Warnung die richtige Balance zu finden; ohne Panik zu verbreiten, muss sie die Bevölkerung auf eine neue Sicherheitslage einstellen und die Aufmerksamkeit für Bedrohungen sowie die Fähigkeit zur besonnenen Reaktion darauf entwickeln.

Um einen Beitrag zu dieser großen gesellschaftlichen Aufgabe zu leisten, widmen wir uns als Stiftung in mehreren Projekten der Stärkung der Demokratie und dem Umgang mit Desinformation.

Unsere Ende Februar veröffentlichte Studie zum Umgang mit Desinformation in Deutschland hat wichtige Erkenntnisse geliefert: 84 % der Menschen in Deutschland empfinden Desinformation als eine Gefahr für unsere Demokratie und den Zusammenhalt. Es gibt allerdings unterschiedliche Wahrnehmungen: Während die Mehrheit der Deutschen hierfür unabhängige Akteure (Influencer:innen, Blogger:innen, Aktivist:innen) oder ausländische Regierungen verantwortlich macht, sind es für jene Befragten, die unzufrieden mit der Demokratie und den Medien sind, auch in großem Umfang Politiker:innen und Parteien aus Deutschland (80 %) oder sogar die Bundesregierung (72 %). Die Unzufriedenen machen in unserer Befragung rund 30 % der Befragten in Deutschland aus. Diese Ergebnisse zeigen, wie schwierig es inzwischen ist, eine gemeinsame Faktenbasis für politische Debatten zu etablieren.

Natürlich ist der Trend der Verbreitung von Desinformation ein globales Phänomen. Deshalb recherchieren wir im Zuge des Reinhard Mohn Preises, den wir im kommenden Jahr zum Thema Desinformation verleihen, weltweit nach Best-Practice-Beispielen im Umgang mit Desinformation.

Wenn wir unsere liberale Demokratie schützen und bewahren wollen, reicht es allerdings nicht aus, uns allein auf die Abwehr von Bedrohungen zu konzentrieren. Ebenso wichtig ist die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Wir benötigen dazu auch neue Formen der Beteiligung, die inklusiv sind und alle Bevölkerungsschichten und -gruppen ansprechen und ihre Partizipation sicherstellen.

Mit unserem Forum gegen Fakes testen wir eine weltweit neue und einzigartige Form der Bürgerbeteiligung. Wir kombinieren eine breite Online-Konsultation mit einem

Bürgerrat aus 120 zufällig ausgewählten Menschen, die die Diversität unserer Gesellschaft abbilden. Die Ergebnisse des Prozesses fließen in die Strategie der Bundesregierung gegen Desinformation ein, die in diesem Jahr erarbeitet wird.

Wir freuen uns sehr, dass wir in nur wenigen Wochen eine sehr große Beteiligung auf unserer Online-Plattform registrieren konnten: mehr als 1.600 Vorschläge, 190.000 Teilnehmende und 800.000 Abstimmungen. Dass wir mit dieser neuen Form der Bürgerbeteiligung einen Nerv treffen, zeigt uns auch das große Interesse ausländischer Regierungen an diesem Projekt.

Schließlich haben wir kürzlich die erste Europäische Conclave mitgestaltet, bei der 50 führende Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur, Zivilgesellschaft sowie der EU-Zukunftskonferenz unter der Schirmherrschaft des portugiesischen Präsidenten einen Vorschlag zu den künftigen Prioritäten der Europäischen Union entwickelt haben. Dieser fließt in die aktuelle Ausarbeitung der strategischen Leitlinien des Europäischen Rates ein, die die Arbeitsagenda der künftigen Europäischen Kommission mitbestimmen werden. Das Papier hat ein breites Medienecho erfahren und erlaubt es den beteiligten Expert:innen, sich als gesellschaftliche Stimmen in den Europadiskussionen ihrer jeweiligen Bereiche und Länder einzubringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.